



Die Poesie des Feldes
Beiträge zur ethnographischen
Kulturanalyse

Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen
im Auftrag der Tübinger Vereinigung für Volkskunde herausgegeben von Hermann
Bausinger, Utz Jeggle, Gudrun König, Gottfried Korff, Uli Linke, Kaspar Maase,
Friedemann Schmoll und Bernd Jürgen Warneken

93. Band

Katharina Eisch und Marion Hamm (Hrsg.)

Die Poesie des Feldes
Beiträge zur ethnographischen Kulturanalyse

2001

© Tübinger Vereinigung für Volkskunde e. V.
Schloß, 72070 Tübingen
<http://www.tvv-verlag.de>

Die Macht des Feldes

Feldforschung und Politisierung vor Ort

Ein Ort im Abseits

Nachts wurde ich manchmal von den heranfahrenden Bussen geweckt. Sie parkten direkt unter meinem Fenster, beleuchtet vom Militärscheinwerferlicht, das im Minutentakt auch mein Zimmer durchstrahlte. Den Bussen entstiegen Flüchtlinge, mal nur zwei, mal zwanzig pro Nacht. Sie kamen direkt aus der Ukraine, Rußland oder Moldavien. Am nächsten Morgen fand der erste bürokratische Check der Neuankömmlinge in den Büros der Heimverwaltung statt: Bescheinigungen, die zum Aufenthalt in Deutschland und für einen Platz im Wohnheim berechtigten, wurden geprüft und Reisepässe zur Weiterleitung an die Ausländerbehörde eingezogen; Formulare und Merkblätter wurden verteilt und schriftliche Erklärungen abverlangt. Kurzum: Zuwanderer aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion wurden hier in Neuenhain¹ als ‚jüdische Kontingentflüchtlinge‘ aufgenommen.

Wie die Migranten hatte auch ich ein Zimmer in diesem Wohnheim bekommen, in dem ich während des heißen Spätsommers 1994 mehrere Monate verbrachte, nachdem meine schriftlich beantragte Feldforschung vom Potsdamer Innenministerium genehmigt worden war.

Das sogenannte Erstaufnahmeheim Neuenhain lag im dünn besiedelten brandenburgischen Gürtel um Berlin und isoliert etwa drei Kilometer von der nächsten Ortschaft entfernt. Der dreistöckige Plattenbau, ehemals eine Kaserne des Ministeriums für Staatssicherheit, wurde 1990 als Notunterkunft für die ersten jüdischen Migranten aus der Sowjetunion bereitgestellt, die noch vor der Wiedervereinigung mit Touristenvisa in die DDR eingereist waren. Die letzte DDR-Regierung hatte diesen Migranten ein unbegrenztes Bleiberecht zugesichert. Seit Februar 1991, mit dem Beschluß der Bundesregierung im vereinten Deutschland, sowjetische Juden aufzunehmen, wurden hier die dem Land Brandenburg zugewiesenen ‚jüdischen Kontingentflüchtlinge‘ untergebracht, bis das Heim 1998 geschlossen wurde.

¹ Der Name des Wohnheims sowie die Namen aller im Text vorkommenden Personen wurden geändert.

Als ich in Neuenhain mein Quartier bezog, lebten dort rund 150 Kontingentflüchtlinge, Platz hätte es für etwa 300 gegeben. Die Infrastruktur war schlecht: Nur zu Fuß gelangte man zum Einkaufen in die nächste Ortschaft; die Buslinie war eingestellt worden, und der einzige Lebensmittelladen in der Nähe hatte vor kurzem geschlossen. Außerdem war für die Migranten nur ein Münzsprecher erreichbar, und vor allem abends herrschte hier großer Andrang, um mit Freunden und Verwandten in den Heimatländern zu telefonieren. Dem Wohnheim direkt gegenüber lagen die Gebäude des Bundesgrenzschutzes. Deshalb sei das Heim auch der sicherste Ort vor Skins, so sagten die Pförtner, die sich im Schichtdienst abwechselten. In der gläsernen Pförtnerloge holte man sich den Zimmerschlüssel ab; wer nicht bekannt war, mußte den Personalausweis vorzeigen, erst dann wurde die zweite Eingangstür gegen Knopfdruck geöffnet. Auf den dunklen Fluren im Gebäude begegnete man meist niemandem, Flurgespräche schien es nicht zu geben. Im ersten und zweiten Stock lagen die Wohnräume der Migranten, während im Parterre die Diensträume der Angestellten, die Klassenräume für den Deutschunterricht und die Aufenthaltsräume der Lehrer untergebracht waren. Der Gemeinschaftsraum und die Speiseräume für die Bewohner waren geschlossen worden, als das Selbstversorgungsprinzip für die Migranten eingeführt wurde. Auch die aus Spendenmitteln eingerichteten Räume – Kindergarten und Bibliothek – waren geschlossen worden, nachdem den ABM-Kräften (z.T. russischsprachige Dolmetscher und in der sog. Ausländerarbeit erfahrene Sozialarbeiter) gekündigt worden war. Mit ihrem Weggang hatte sich auch der Sprecherrat der Migranten aufgelöst. Kurzum: Das Heim hatte bessere Zeiten gesehen.

Bei meiner Ankunft wurde mir wie den Neuankömmlingen ein Heimausweis ausgehändigt und ein Zimmer zugewiesen. Der Raum war mit ältlichen plastikfurnierten Preßspanmöbeln, fleckigen Matratzen, einem Tisch und Stühlen aus DDR-Zeiten ausgestattet. Die Küche bestand aus einer Nische mit Kühlschrank und Kochplatte. Die Akustik war unausweichlich transparent. Aus meinem Fenster sah ich auf die Pforte des BGS-Gebäudes und die davor postierten Grenzschutzsoldaten. Tagsüber saßen meist ältere Leute auf den Stufen vor dem Eingang und unterhielten sich über Lebensmittelpreise oder die Aussichten, eine Wohnung zu bekommen. Abends kamen die jüngeren dazu, dann wurde Gitarre gespielt und gesungen: russische Romanzen und jiddische Lieder, manchmal sogar von einer in Rußland berühmten Operndiva vorgetragen. Das öffentliche Leben begann erst, wenn Heimleitung und Mitarbeiter in den Feierabend gefahren waren. Gegen 22 Uhr wurde die Eingangstür offiziell geschlossen, zwei Pförtner hielten sich strikt daran, der dritte machte Ausnahmen, weil – wie er sagte – ‚die Migranten doch auch Menschen sind‘.

Die Vorführung des guten Heims und seiner ,schwierigen Bewohner‘

Die Heimleiterin Frau Schirmer, eine resolute Frau Mitte 50, war vom Ministerium über meine Ankunft und den Zweck des Aufenthalts informiert worden. Als ich ihr knapp mein Forschungsinteresse – an den Migrationserfahrungen der Bewohner, aber auch ganz allgemein an Organisation und Alltagsleben im Wohnheim – vorgetragen hatte, war sie nicht weiter darauf eingegangen. Frau Schirmer nahm mich zu Beginn meiner Feldforschung auf ihre Rundgänge durchs Heim mit. Sie hob mir gegenüber die Sicherheit des Ortes durch den Bundesgrenzschutz hervor, für die besonders die Bewohner dankbar wären, und wies mich in die Regeln ein: Ab 22 Uhr kein Ein- und Ausgang mehr, geregelte Besuchszeiten, Schlüsselabgabe- und Abmeldungspflicht aus Sicherheitsgründen „damit man weiß, wo jemand ist, falls was passiert“. Ihr Vorgänger hätte das Heim wie eine Kaserne geleitet und organisiert, was im Ministerium jedoch nicht so gern gesehen worden sei. Nebenbei erwähnte Frau Schirmer regelmäßige Zimmerkontrollen, auch in Abwesenheit der Bewohner, die nötig wären, „um nach dem Rechten zu gucken“. Ich könnte mir ja nicht vorstellen, „was die alles zerstören“. Aus diesem Grund habe sie auch die Aufenthaltsräume, die Bibliothek und den Kindergarten geschlossen.

Auch wurde ich anfangs zu den Kaffeerunden der Mitarbeiter eingeladen. Die Angestellten betonten immer wieder, wie sehr sie sich um die Leute hier kümmern würden, während die jüdische Gemeinde, die das Wohnheim in Potsdam führte, nichts Vergleichbares leistete.

Der Rede von der guten Versorgung in Neuenhain folgten regelmäßig Klagen über die Undankbarkeit der „Russen“, die ja eigentlich gar keine Flüchtlinge seien. Zum Beweis dieser Behauptung wurden zahllose Geschichten erzählt. So habe es im Heim beispielsweise einmal ein Zimmer mit Kleiderspenden gegeben, doch die Migranten hätten keine getragenen Sachen gewollt, oder sie hätten die Kleidungsstücke zum Weiterverkaufen gehortet. Solch ein Verhalten provoziere jedoch nicht nur Abneigungen bei der Bevölkerung wie beim Heimpersonal, sondern zeige auch, daß die Leute eben keine Flüchtlinge seien. In den Interpretationen der Angestellten galt die Ablehnung oder Weiterverwendung von Hilfsgütern als Ausdruck mangelnder Dankbarkeit und Bescheidenheit, mithin als Verstoß gegen die Verhaltensregeln, die von richtigen Flüchtlingen erwartet wurden.

Auf Rundgängen durchs Wohnheim hörte ich Kommentare über die Migranten, sobald sie außer Hörweite waren. Die Empörung galt vor allem der Bekleidung der Frauen: „Die sind mit so wenig Gepäck angekommen. Für soviel Kleider, wie sie die Frau da jetzt vorführt, ist da gar kein Platz gewesen. Da sieht man doch, das hat sie sich alles hier gekauft, also hat sie auch Geld, von der Sozialhilfe allein könnte sie sich das nicht leisten“.

Wer sich wohlhabender als erwartet präsentierte, geriet in den Verdacht, illegalen Beschäftigungen nachzugehen oder heimlich über Vermögen zu verfügen. Im Verlauf der Feldforschung registrierte ich, daß sich die um den angeblichen Wohlstand der Migranten kreisenden Geschichten nach immer gleichem Muster wiederholten. Insignien eines in Deutschland normalen Lebensstandards wurden bereits zu Indizien: „Sie sehen ja, sie haben alle einen Fernseher. Kommen aber alle ohne Geld an. Sie legen ihre Vermögensverhältnisse nicht offen.“ Aus den Anzeichen vermeintlichen Wohlstands wurden wiederum Rückschlüsse auf die Migrationsmotive gezogen, die nicht in Verfolgung, sondern nur in wirtschaftlichen Interessen begründet sein könnten. So erklärte mir eine Angestellte:

„An Antisemitismus glaub’ ich nicht [...]. Warum wollen denn die Leute alle nach Deutschland? Weil sie hier Sozialhilfe bekommen. Wenn die nach Amerika wollen, dann müssen sie die Sprache lernen, und in Israel muß man arbeiten. Es sind reine Wirtschaftsmigranten, die kommen auch nicht her, um jüdische Kultur kennenzulernen. Die fragen doch nur: ‚wo krieg’ ich den und den Antrag her‘, nach dem Motto: ‚wir haben doch ein Recht darauf‘. Sie erniedrigen sich selbst. Dabei sind sie doch so gut angezogen, also gar nicht arm. Deshalb wollen alle nach Deutschland.“

Arbeit in Widersprüchen

Für die Angestellten des Heims in Neuenhain produzierte die Flüchtlingskategorie und der daran gekoppelte Bezug von Sozialhilfe normativ aufgeladene Anpassungserwartungen in einer solchen Ausschließlichkeit, daß alle vom Flüchtlingsbild abweichenden Handlungsmuster der Migranten gegen sie gerichtete Verdachtsmomente hervorbrachten. Ein grundsätzliches Mißtrauen leitete die ‚Sozialarbeit‘, zu der auch die regelmäßigen Zimmerkontrollen gehörten, die die Heimleiterin durchführte. Sie dienten nicht nur dem Zweck, nach dem Zustand des Mobiliars zu sehen, sondern auch der Überprüfung ständigen Wohnens im Heim. Längere Abwesenheit galt dabei als Zeichen für die Rückreise ins Herkunftsland, womöglich, um dort Wohnungsmieten einzutreiben oder anderweitig Geld neben der Sozialhilfe zu verdienen. Die Heimleiterin hob hervor, daß entsprechende Informationen an das Sozialamt weitergeleitet werden müßten; dann würde die Sozialhilfe gestrichen.

In dieser Konstellation spiegelt sich ein allgemeines Spannungsfeld im Diskurs um die ‚jüdischen Kontingentflüchtlinge‘ wider. Zwar ist es ihnen in der Rechtspraxis erlaubt, jederzeit in ihr Herkunftsland zurückzukehren, doch steht

das Reisen oder auch Pendeln der Migranten in scharfem Kontrast zur Definition des Flüchtlings als Klient im Wohlfahrtsstaat. Flüchtlinge genießen Schutz, weil sie ihr Land verlassen müssen. Mit dem erzwungenen Wechsel geht der Verlust der Vergangenheit einher. Nicht nur die Heimat, auch die Berufstätigkeit, die soziale Anerkennung, der erworbene Status werden zurückgelassen. Man ist nur noch Flüchtling, und gerade auf der Ausschließlichkeit dieser Kategorie beruht die helfende Zuwendung der aufnehmenden Gesellschaft. Auch Anzeichen von Wohlstand dürfen in die Gegenwart des bedürftigen Sozialhilfeempfängers nicht hineinreichen. Tun sie es doch, so nähren sie den Verdacht, daß sich die Migranten ein Zubrot neben der Sozialhilfe verdienen oder lukrative Heimatverbindungen aufrechterhalten – daß sie sich mithin dem nationalen Wohlfahrtsstaat gegenüber illoyal verhalten. Gerade die periodische Rückkehr in die Herkunftsländer läßt nicht nur Zweifel an der Rechtmäßigkeit des erworbenen Status aufkommen, mit dem Grenzübertritt in die Herkunftsländer sind die Reisenden auch der staatlichen Kontrolle und den vorgegebenen Rollen passiver Klienten entzogen.

Gemessen am Flüchtlingsbild verstießen die Migranten von Neuenhain folglich permanent gegen die symbolische Ordnung der Hilfsbedürftigkeit, auf der die Wahrnehmungsstruktur der Heimmitarbeiter basierte und an der gemessen die Migranten nur verdächtige Bittsteller sein konnten. Auch wenn im Heim weder Aufgabenstellungen von oben schriftlich fixiert worden waren, noch laufende Anweisungen vom Innenministerium existierten, die zu Kontrolle und Überwachung der Migranten aufforderten, sahen die Heimleiterin und ihre Mitarbeiterinnen genau darin eine ihrer zentralen Aufgaben.

Die Widersprüche zwischen dem Flüchtlingsbild und den Handlungsmustern der Migranten wurden ihnen projektiv zur Last gelegt. In diesen Widersprüchen politisch produzierte Doppelbödigkeit zu erkennen, war nur einer Mitarbeiterin möglich, die vor einigen Jahren selbst als ‚jüdischer Kontingentflüchtling‘ gekommen war und jetzt als Dolmetscherin in Neuenhain arbeitete: Der Titel ‚Flüchtling‘ sei irreführend: „Ich verstehe auch nicht, warum Deutschland das macht, wahrscheinlich, um sich Ansehen in der Welt zu verschaffen, aber nicht aus Humanismus, Deutschland macht das aus einem Schuldgefühl heraus.“

Man sollte ihrer Meinung nach eine andere Einwanderungspolitik machen, die Leute nicht als Flüchtlinge hereinlassen, das provoziere ja geradezu Unaufrichtigkeit, denn viele hätten Geld und würden das auch gerne offenlegen, aber das stehe im Widerspruch zur Sozialgesetzgebung, so daß viele gezwungen seien, ihre Vermögensverhältnisse zu verheimlichen.

In den Augen der übrigen Heimmitarbeiter waren die Migranten keine jüdischen Flüchtlinge, weil sie weder aufgrund antisemitischer Verfolgung gekommen seien, noch ihre jüdische Identität über ein Interesse an jüdischer Kultur oder eine aktive Mitgliedschaft in einer jüdischen Gemeinde unter Beweis stel-

len würden. Sie galten vielmehr als russische Wirtschaftsflüchtlinge, die in ihren Ansprüchen diszipliniert werden müßten. Dazu sei – so die Heimleiterin – eine feste Heimstruktur mit klaren Regeln nötig, sonst schlichen sich „dieselben Strukturen wie in Rußland ein“, weil die Migranten sich „wie in Rußland durchzulavieren“ versuchten. Man müsse vor allem die Erwartungen dämpfen: „Die Leute glauben, daß man hier gebratene Tauben serviert bekommt, daß Deutschland nur schön sei, daß es alles zu kaufen gibt oder alles umsonst“.

„Hier ist Kapitalismus, kein Sozialismus, hier muß man sich um alles selbst kümmern!“ war einer der Standardsätze, die ich in Neuenhain so oft hörte. Diese Rhetorik der Abweisung wurde denen entgegengehalten, die um Hilfestellung im Antragsdickicht baten, oder nach Gegenständen aus den üppigen Spendenbeständen des Heims fragten, um die spärlichen Zimmereinrichtungen zu vervollständigen. Einer dieser Bittsteller war ein alter Mann, den die Heimleiterin mir gegenüber als ihr momentan größtes Problem bezeichnete, weil er sich nicht an die Zeiten der Sprechstunden halte. „Der Jakobowksi, der alte, ist ein richtiger Jude, der läuft schon mit so einem gierigen Blick rum, immer drauf aus, ob was zu schachern sei, schon morgens ein Fernseher, ein Radio.“ In ihrem unverhohlenen Antisemitismus machten diese Äußerungen ziemlich fassungslos. Statt dagegen zu argumentieren, beließ ich es jedoch dabei zuzuhören. So vermied ich zunächst alle Versuche, Vorurteile zu entkräften, zu diskutieren oder meinen eigenen Standpunkt offenzulegen. Schließlich wollte ich Arbeitsabläufe und Handlungsrouninen des Heimpersonals kennenlernen.

Eines Tages – ich hatte die Heimleiterin recht allgemein nach ihrer Arbeit gefragt – erklärte sie mir, daß sie in ihrem Bekanntenkreis gar nicht laut sagen dürfte, was sie eigentlich macht. Der Haß würde ins Unermeßliche steigen, wenn die Deutschen – „vor allem die Ostdeutschen“ – wüßten, was alles für die Juden getan wird. Es gebe so viel Ausländerfeindlichkeit rings herum, aber „man kann ja auch manchmal ausländerfeindlich werden. Aber das darf man sich nicht erlauben. Besonders bei den Juden ist alles hochpolitisch, das ist der Unterschied zu anderen Ausländergruppen“. Und: „Wissen Sie, in einem Asylheim kann man schon mal sagen, so und so wird’s gemacht, die lassen sich auch mehr sagen, da kann man mehr durchsetzen.“ Ihr Vorgänger hätte seinen Posten verloren, „weil er mal ‚Scheiß Juden‘ gesagt hat“. Da müsse man sehr vorsichtig sein. Diese Vorsicht im Umgang mit antisemitischen Äußerungen schien Frau Schirmer mir gegenüber jedoch vergessen zu haben. Sie führte mir vor, in welchem für sie schwierigeren Bereich sie arbeitete: auf der einen Seite hochpolitisch, auf der anderen Seite in ihrem Umfeld schwer zu legitimieren. Und sie betonte, wie sehr ihre Mitarbeiterinnen und sie auf diese Arbeit angewiesen seien: sie selbst, weil zuhause ein dauernd betrunkenen Mann sitze, der seine Arbeit nach der Wende verloren hatte, und die Mitarbeiterinnen, denen Frührente oder Arbeitslosigkeit drohe. Vielleicht hatte Frau Schirmer meine Signale der Auf-

merksamkeit zu diesem Zeitpunkt als Solidarität dahingehend gedeutet, daß ich sie gegebenenfalls im Kampf um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes unterstützen würde. Jedenfalls erteilte sie mir – wohl im Wissen um meine Kontakte zum Ministerium und die dort genehmigte Feldforschung – einen Auftrag. Ich sollte in Erfahrung bringen, was aus ihrem Heim werde, wenn die neuen Gebäude des zweiten Aufnahmeheims in Potsdam fertiggestellt seien. Ihre Sorge galt der möglichen Schließung ihres Heims und dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Es lag auf der Hand, was Frau Schirmer von mir erwartete: einerseits eine offizielle Fürsprache, daß ihr Heim gut liefe, andererseits Informationen über die weitere Entwicklung der Flüchtlingspolitik. „Man erfährt ja nichts aus Potsdam, das ist ja schlimmer als zu DDR-Zeiten.“ Und damit ich gleich noch einen frischen Eindruck von ihrer Arbeit mitnehmen könne, forderte sie mich auf, sie auf einem ihrer Zimmerkontrollgänge zu begleiten: „damit Sie sich ein Bild machen können“. Es blieb unklar, von was genau ich mir dieses Bild machen sollte, und gottseidank vergaß sie die Idee der gemeinsamen Zimmerbesichtigung im weiteren Verlauf des Gesprächs wieder. Dennoch waren ihre Erwartungen und Interessen mir gegenüber deutlich formuliert worden und sie berührten mich unangenehm. Denn meine größte Sorge war, von den Migrant*innen als Kontrollinstanz im Schlepptau der Heimleitung wahrgenommen zu werden.

Der erste Gewährsmann unter den Migrant*innen

Die ethnologische Zunft warnt vor Informant*innen, die Feldforscher von sich aus ansprechen und ihre Hilfe anbieten.² Es wird zur Distanz geraten, weil solche Gewährsleute die Ethnologen oftmals auf ihre eigene Fährte führten, statt ihnen Zugang zum inneren Zirkel relevanter Gruppen zu verschaffen. Dabei bleibt in der Regel unberücksichtigt, daß es immer ein Eigeninteresse der Informant*innen gibt, das mitreflektiert werden muß. Auch für meinen ersten Gesprächspartner unter den Migrant*innen galt, daß er *mich* und nicht ich *ihn* aussuchte. Elias Jakobowski, ein alter Mann, der kurz vor meiner Ankunft mit Großfamilie aus Alma Ata nach Deutschland eingereist war, sprach mich gleich an, um mir seine Geschichte zu erzählen, damit ich „ein gutes Referat“ machen könne. Er zeigte mir Zeitungsausschnitte, die noch in Kasachstan über ihn geschrieben worden waren und ihn als Stalinismusopfer rehabilitieren. Neben seinem Stolz über die Publizität klagte er über den Verlust des guten Lebens in Alma Ata: die schöne Wohnung, die vielen sozialen Vergünstigungen, die ihm als Rehabilitiertem zugesprochen worden waren, die wertvollen Kleidungsstücke, die nicht mehr ins Flugzeug gepaßt hatten. Hier in Deutschland dagegen sei alles ungewiß, auch

² Z.B. Michael H. Agar: *The Professional Stranger*. London, San Diego 1980, S. 84-89.

ob er Rente bekomme. Herr Jakobowski bat mich um zwei kleine Gegenleistungen für seine Lebensgeschichte: Ich sollte herausfinden, ob unter einer Berliner Telefonnummer Verwandte erreichbar wären, die Auschwitz überlebt hatten. Und ich möge einen Brief an einen Mann im deutschen Konsulat in Alma Ata schreiben, der ihm bei der Ausreise sehr geholfen habe, um ihm seine derzeitige Situation im Hinblick auf einen Rentenanspruch zu schildern.

Elias Jakobowski fühlte sich von Deutschland eingeladen: „Der Herr Kohl hat uns eingeladen, damit das jüdische Leben wieder blüht wie vor dem Faschismus“. Auch nach meinem Verständnis war Herr Jakobowski von Anfang an eigentlich der jüdische Migrant, der dem ‚Geist des Gesetzes‘ entsprach³ – wenn der Aufnahmeregelung jemals so etwas wie ein symbolischer Wiedergutmachungsgestus innewohnte, als die deutschen Politiker 1991 beschlossen, sowjetische Juden aufzunehmen. So fühlte ich mich aufgefordert, ihm zu helfen, behielt aber gleichzeitig mein Forschungsinteresse im Hinterkopf, Jakobowski nach seiner verwickelten Überlebensgeschichte zu befragen. So kam es, daß wir uns täglich auf den Stufen vor dem Heim trafen. Die Lebensgeschichte mußte vorerst warten, weil anderes im Vordergrund stand, etwa die Abweisungen der Heimleiterin, ihm bei der Wohnungssuche behilflich zu sein: Hier ginge es doch nicht mehr wie in der DDR oder in Rußland zu, hier müsse man sich um seine Dinge selbständig kümmern, oder: „Sie wissen selbst, daß hier kaum wirkliche Juden sind, daß betrogen wird mit diesen Urkunden und daß der Staat schon mehr als genug tut“, so kolportierte Herr Jakobowski die Reaktion der Heimleiterin. Beim Kaffee mit den Angestellten beobachtete ich, wie Frau Schirmer sich über den alten Mann aufregte: „Was glaubt der denn? Als ob alle nur für ihn da seien“. Jetzt habe Jakobowski wohl mich „am Wickel“. Ich erzählte von seiner Bitte, einen Brief nach Alma Ata wegen seines Rentenanspruchs zu schreiben. Die Angestellten waren sich darin einig, daß dies nichts bringen werde, und erneut wurden Geschichten über die Undankbarkeit der Flüchtlinge erzählt. Im Gegenzug begann ich nun, um Verständnis für Herrn Jakobowskis Schicksal zu werben, erwähnte die an seiner Familie begangenen Verbrechen während des Nationalsozialismus; ich fühlte mich herausgefordert, meine ethnographische Neutralität aufzugeben, indem ich moralisch Stellung bezog. Eine Angestellte reagierte:

„Jetzt kommt der mit der Masche an. Ich versteh’ das nicht, das ist doch so lange her, das sind doch jetzt ganz andere Generationen, warum hängt uns das so lange nach? [...] Das ist doch verjährt. Da können wir doch heute gar nichts mehr dafür. Wenn ich da an unsere eigenen denke. Die Obdachlosen, die im Winter ohne Wohnung sind.“

³ E. Jakobowski war in Oberschlesien in einer gläubigen Familie aufgewachsen. Seine Eltern und Geschwister wurden in Auschwitz umgebracht; er selbst ‚entkam‘ durch die Deportation in den Gulag.

Und die hier (die Heimbewohner), die kommen und kriegen alles und meinen, daß man ihnen auch noch am ersten Tag eine Wohnung beschafft“.

Elias Jakobowski war in die Rubrik der ‚besonders fordernden Familien‘ eingereiht worden. Deren Anliegen deuteten die Mitarbeiter des Heims auch ohne meine Intervention im Schuldkontext und werteten sie als moralische Erpressung. So hatte die Heimleiterin schon zu einem früheren Zeitpunkt erklärt: „Leute wie der Jakobowski wollen uns das jetzt heimzahlen mit dem Hitler. Die behandeln uns als Rasse, die sie ausnehmen können wie die Weihnachtsgänse, die wissen das ganz genau.“ Der Anspruch auf soziale Versorgung der ‚jüdischen Kontingentflüchtlinge‘ wurde hier in einen Racheakt des individuellen Bittstellers verkehrt. Solche Projektionen sind aufschlußreich, weil sie zeigen, daß der symbolische Gehalt der Aufnahmepolitik als Wiedergutmachungsgeste eine Bestrafungserwartung virulent werden ließ. Hilfsgesuche, die über das Mindestmaß sozialbürokratischer Versorgung hinausgingen, galten als unberechtigte Forderungshaltungen mit Vergeltungswunsch.

Doch wer seine Integration selbst und ohne die Hilfe der Angestellten in die Hand nahm und Wege jenseits der vorgegebenen Routinen wählte oder Hierarchien übersprang, dessen Eingliederungsversuche abseits sozialstaatlicher Bevormundung wurden im Heim als „krumme Tour“ ausgelegt oder als typisch russische Mentalität des „Durchlavierens“ disqualifiziert. Vom double-bind dieser Sozialbürokratie, die zur eigenen Aktivität aufforderte und sie gleichermaßen verurteilte, war Herr Jakobowski mit seinem dringenden Wunsch, das Heim bald verlassen und in der Nähe einer jüdischen Gemeinde eine eigene Wohnung beziehen zu können, besonders betroffen. An Stelle der Neuenhainer Mitarbeiter fiel nun mir mehr und mehr die Rolle zu, Elias Jakobowski zu helfen. Und je tiefer ich mich in Fragen des Ausländer- und Einbürgerungsrechts⁴

⁴ Dies betraf z.B. Fragen des Rentenanspruchs, der Möglichkeiten eines Umzugs von einem in ein anderes Bundesland (hier von Brandenburg nach Berlin) und damit das Problem der Übernahme von Sozialleistungen sowie Fragen der Einbürgerung. Im Unterschied zu den Aussiedlern, denen die deutsche Staatsbürgerschaft sofort zusteht, kann für jüdische Kontingentflüchtlinge nach siebenjährigem Aufenthalt eine sog. „Ermessenseinbürgerung“ nach individueller Prüfung erfolgen. Voraussetzungen sind: ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse und deutsche Umwelt (gesicherte Wohnverhältnisse und geregelter Lebensunterhalt, Sozialhilfe wird in der Regel als nachteilig angesehen). Darüber hinaus gibt es für jüdische Kontingentflüchtlinge die Möglichkeit einer sog. „Anspruchseinbürgerung“, die in Absprache mit den jüdischen Gemeinden erteilt werden kann. Sie kann unter Wiedergutmachungsgesichtspunkten vergeben werden, wenn eine Verfolgung durch die deutsche Wehrmacht oder SS-Einsatztruppen in der Sowjetunion oder Polen belegt und der Nachweis erbracht wird, daß diese NS-Opfer Deutsche waren, die in ihrem „Bekenntnis gehindert“ wurden.

einarbeitete oder in für mich undurchsichtige Behördenhierarchien vorzudringen versuchte, um Ansprechpartner ausfindig zu machen, die Herrn Jakobowskis Integrationsprozeß beschleunigen könnten, desto mehr erfuhr ich quasi am eigenen Leib jene kafkaesk anmutenden bürokratischen Strukturen, in denen sich die Zuwanderer zurechtfinden mußten. Es würde hier zu weit führen, all die Versuche samt der meinen Bemühungen entgegengebrachten Blockaden zu beschreiben. Wichtiger ist, daß das Neuenhainer Personal, insbesondere die Heimleiterin, meine Aktivitäten mit Argwohn beobachtete, weil ich mich für einen Migranten einsetzte, der als Querulant galt und dem vorgeworfen wurde, seine Lebensgeschichte instrumentell einzusetzen. Weil ich immer wieder in Situationen geriet, den doppelten Loyalitäten gegenüber der Heimleitung und Herrn Jakobowski gerecht zu werden, kostete es mich zunehmend Anstrengung, den Beobachtungsstandpunkt aufrechtzuerhalten, um die Forschung nicht zu gefährden. So versuchte ich, den Angestellten und ihren Problemen im Umgang mit den Migranten Verständnis entgegenzubringen und bemühte mich gleichzeitig darum, die Heimleiterin von meinen Aktivitäten für Elias Jakobowski zu überzeugen. Aber genau in diesem Engagement lagen die Gründe für den sich zuspitzenden Konflikt, der sich erst langsam und gewissermaßen hinter meinem Rücken aufbaute.

Rollendiffusionen

Inzwischen hatte Herr Jakobowski eine neue Idee. Um eine Wohnung zu bekommen, wollte er einen Bittbrief an den Berliner Bürgermeister schreiben, den ich überarbeiten und abschicken sollte. Seine Versuche, mit seinem Schicksal gegenüber höheren Politikern zu argumentieren, fand ich durchaus angemessen, weil ihm innerhalb des Wohnheims ja keine Hilfe zukam. Aber gleichzeitig bemühte ich mich auch darum, seine Hoffnungen auf Erfolg einer politischen Intervention zu dämpfen und wandte mich parallel über den offiziellen Weg an eine der Sozialarbeiterinnen im Wohnheim. Mein Engagement, Herrn Jakobowski zur Wohnung verhelfen zu wollen, kollidierte mit der ganzen Wucht bürokratischer Abläufe. Die Sozialarbeiterin erklärte mir nämlich, daß die Pässe der Familie mindestens drei Monate bei der Ausländerbehörde liegen, weil sie auf Fälschungen jüdischer Identität hin überprüft würden. Ohne Paß kein Wohnberechtigungsschein, der wiederum nur für Brandenburg gilt, wo es allerdings keine Wohnungen für die Flüchtlinge gebe. Berlin käme nicht infrage, weil die Aufenthaltsberechtigung nur für Brandenburg gültig sei usw. Ein beinahe auswegloser bürokratischer Zirkel, der den langen Aufenthalt der Migranten von durchschnittlich zwei Jahren im Wohnheim erklärte. Elias Jakobowski hatte recht, der offizielle Weg schien wenig aussichtsreich. Auf die Frage, ob es

bei Schicksalen wie dem des alten Mannes keine Ausnahmen gebe, meinte die Sozialarbeiterin: „Das wird nicht gern gesehen, wenn die mit der Masche NS kommen.“

Inzwischen hatte sich mein Engagement für Herrn Jakobowski auch unter den anderen Migranten herumgesprochen. Es kamen alte Leute, die um Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen baten; es kamen jüngere mit der Frage, wo sie ihre akademischen Aufsätze zwecks Anerkennung ihrer Qualifikation übersetzen lassen könnten; es kamen Eltern, die sich nach der besten Schule für ihre Kinder erkundigten. Und es kamen hauptsächlich Migranten mit Problemen, die ihren Rechtsstatus als Kontingentflüchtlinge betrafen. In all diesen Bitten und Fragen, die die Migranten an mich richteten, spiegelte sich die Überforderung der Heimmitarbeiter, die sich für jede Form von Sozialarbeit weder kompetent noch zuständig erklärten. Hinzu kam, daß im Heim weder Informationsbroschüren für die Migranten auslagen, noch Adressen von sozialen Einrichtungen bekannt waren, an die man sich außerhalb des Heims hätte wenden können.

So drohte meine Forschung mehr und mehr zu einer Suche nach Hilfestellungen und Rechtsauskünften zu werden. Darin lag zwar auch ein ethnographischer Gewinn, weil dreierlei deutlich wurde: Neuenhain war kein Integrationsheim, sondern ein Verwaltungsort, der nach den Regeln von Kontrolle und Disziplinierung funktionierte. Statt beratend tätig zu sein, handelten die Angestellten nach bürokratieimmanenten Vorgaben, die die Migranten im klientelistischen Akt in die Normen der sich im Abbau befindenden Sozialstaatlichkeit zwingen. Zweitens kam in der Überforderung der Angestellten die unklare Rechtslage der Kontingentflüchtlingsregelung und die Widersprüche der Immigrationspolitik zum Ausdruck. Auf der Verwaltungsebene wäre nie klar ‚Kontingentflüchtling‘ überhaupt sei. „Oben wird gesagt, ihr dürft alle kommen, und in der Verwaltungspraxis ist man dann froh, wenn die Leute nichts verstehen, keine Forderungen stellen.“ Und schließlich konnte ich nun auf einer Erfahrungsebene besser nachvollziehen, was es für die Migranten selbst bedeuten mußte, sich unter solchen Bedingungen im neuen Land zurechtzufinden.

Doch zugleich wuchs die Rollendiffusion: Ich befürchtete, die Perspektive distanzierter Beobachtung vollends zu verlieren und mich in Aktivitäten zu verstricken, die den Blick für das, was im Heim passierte, verstellten. Außerdem blieb weder genügend Zeit für Feldforschungsnotizen noch für Interviews: quasi als Gegenleistung erwarteten die Migranten meist vorab schon einmal irgendeine Hilfestellung, die dann oft soviel Zeit in Anspruch nahm, daß es zum Interview gar nicht mehr kam. Weil ich meine Identität als Forscherin mehr und mehr verlorengehen sah, beschloß ich schließlich, mich an professionelle Beratungsinstanzen für Integrationsfragen zu wenden, einerseits in der Hoffnung, auf die desolante Versorgungssituation in Neuenhain öffentlich aufmerksam machen zu können, andererseits im Bedürfnis nach eigener Entlastung. So nahm

ich Kontakt mit der jüdischen Gemeinde in Potsdam auf, weil ich realisiert hatte, daß die Funktion von Neuenhain lediglich darin lag, die ‚jüdischen Kontingentflüchtlinge‘ zu verwalten. Es war wohl ein idealisierendes Mißverständnis gewesen, das mich hatte erwarten lassen, daß die Mitarbeiter, die sich zum Teil ‚Sozialarbeiter‘ nannten, auch für soziale Beratung oder Rechtsauskünfte zuständig sein könnten. Dieses Vorgehen entsprach im Grunde einem zweiten Weg, der im Modell der Migrationspolitik implizit angelegt war: für die soziale Betreuung der russischen Juden waren offensichtlich die jüdischen Gemeinden zuständig. Außerdem kontaktierte ich neben der Ausländerbeauftragten auch einen Vertreter des jüdischen Zentralrats und den zuständigen Ministerialbeamten in Potsdam und wandte mich damit quasi nach ‚oben‘. Doch genau diese Aktivitäten nach oben und nach außen sollten später zum Auslöser eines Konflikts werden, der sich im Vorfeld bereits aufgebaut hatte.

Die Rede von der ‚Mafia‘

Der erste Verstoß bestand also darin, daß ich die jüdische Gemeinde ‚ins Haus holte‘. Als deren Vertreter ihren Besuch ankündigten, reagierte die Heimleiterin in einem Gespräch mit mir überraschend abweisend: „Jetzt geht das wieder los [...], aber das eine sag‘ ich Ihnen, wenn die uns jetzt wieder die Leute wegnehmen wollen ...“. Dabei hatte ich mich in meinem Engagement um soziale Betreuung der Migranten zunächst im Einverständnis mit Frau Schirmer gewöhnt. Regelmäßig hatte sie zuvor beklagt, daß sich die jüdische Gemeinde in Potsdam „geistig und moralisch“ nicht um die Neuenhainer Bewohner kümmere und die Solidarität der „jüdischen Gemeinschaft“ eingefordert: „Das ist doch ein Glaube!“ Anfangs seien noch Gemeindevertreter gekommen, allerdings nur, um Mitglieder zu werben. Mit der Belegung der Gebäude des neuen Wohnheims in Potsdam hätten diese Besuche jedoch aufgehört. Zwar schien es der Heimleiterin weniger um die religiöse Betreuung ihres Klientels zu gehen, die ihrer Meinung nach keine Juden, sondern Russen waren. Daß die Einwanderer als ihre Nationalität immer ‚jüdisch‘ angeben würden, sei falsch: „Jüdisch ist doch ein Glaube und keine Nationalität. Da könnt‘ ich, wenn ich jetzt zum Beispiel katholisch wäre, doch auch das als meine Staatsangehörigkeit angeben“. Zudem hatte Frau Schirmer der jüdischen Gemeinde, die nur aus Zuwanderern bestand, jede Religiosität abgesprochen, denn dort ginge es nur um Mitgliederzuwachs und „ums Geld“. Und doch hatte sie zu Beginn unserer Begegnung deren Präsenz in Neuenhain eingefordert, weil es wichtig sei, „daß die jüdische Gemeinde denen mal klar macht, daß sie (die Migranten) zu hohe Erwartungen haben. Das müssen die eigenen tun, wir müssen da vorsichtig sein, sonst passiert noch was“.

Auch von den Migranten hatte ich oft Beschwerden darüber gehört, daß sich die Potsdamer jüdische Gemeinde nicht mehr um die Neuenhainer Bewohner kümmere. Viele fühlten sich zwar ausgeschlossen, seit deren Vertreter ihre Besuche eingestellt hatten, äußerten sich aber gleichzeitig kritisch: Es erschien ihnen suspekt, daß die Funktionäre dieser Gemeinde, denen nachgesagt wurde, in der Sowjetunion noch „stramme Kommunisten“ oder Parteisekretäre gewesen zu sein, mit der Einwanderung nach Deutschland auf einmal zu bekennenden Juden geworden wären. Vor dem eigenen atheistischen Hintergrund blieb ein solches Bekenntnis der Landsleute nicht nur unverständlich, sondern auch ungläubwürdig. So wurden unter den Neuenhainer Bewohnern häufig Vermutungen darüber angestellt, daß es in der Potsdamer Gemeinde eigentlich nicht um Religionsausübung, sondern um die Interessenpolitik eines ‚sowjetischen Netzwerkes‘ gehe. Von ‚Kommerz‘ und von der ‚Mafia‘, die in der jüdischen Gemeinde sitze, war die Rede. Erst allmählich verstand ich, daß ‚Mafia‘ in diesem Kontext keine kriminelle Vereinigung bedeutete, sondern klientelistische Versorgungsstrukturen: Die Neuenhainer Migranten schrieben der Potsdamer Gemeindeleitung zu, als jüdische Institution vor dem Hintergrund der Holocaust-Vergangenheit Deutschlands über eine besondere Macht gegenüber deutschen Behörden zu verfügen, wobei die Vorteile dieser Machtposition nur unter bestimmten Bedingungen wie der Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde und der Gefolgschaft gegenüber ihrem Vorsitzenden weitergegeben werden. Unter den Bewohnern von Neuenhain war ‚Mafia‘ also eine Außensicht, wonach die Zuwanderer in Potsdam sozial besser gestellt seien, weil sie als Mitglieder der jüdischen Gemeinde schneller mit Wohnraum und Arbeit versorgt würden. In dieser Zuschreibung drückte sich auch das Gefühl des Ausschlusses aus, als nicht-halachische Juden⁵ keinen Zugang zur Gemeinde und damit zu sozialen Ressourcen bekommen zu können. So manifestierte sich gerade in den Angriffen auf die Glaubwürdigkeit der Gemeindeleitung die Enttäuschung dar-

⁵ Die Aufnahmeregelung für sowjetische Juden von 1991 sieht vor, daß Antragsteller dann als ‚jüdische Kontingentflüchtlinge‘ in Deutschland anerkannt werden können, wenn sie ihre jüdische Identität anhand von Geburtsurkunden und/oder dem sowjetischen Paß (darin war die ‚jüdische Nationalität‘ unter dem sog. 5. Punkt vermerkt) nachweisen. Nach deutschem Rechtsverständnis gilt in diesem Zusammenhang als Jude, wer auch in der Sowjetunion als Jude gegolten hat. Damit findet auch das ethnische Identitätsverständnis Berücksichtigung, d.h. nicht die halachische Definition wird zugrundegelegt (dies würde gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen), sondern väterliche und mütterliche Herkunft gelten gleich. So können Migranten mit jüdischer Herkunft väterlicherseits zwar in Deutschland aufgenommen werden, jedoch in der Regel nicht Mitglieder in jüdischen Gemeinden werden. Der Mehrzahl der Migranten, mit denen ich in Neuenhain Kontakt hatte, war diese Möglichkeit aufgrund ihrer nicht-halachischen Herkunft verwehrt, was viele als eine ihnen unverständliche Ungerechtigkeit, manche sogar als Rassismus empfanden.

über, daß sie die Neuenhainer Bewohner in ihren sozialen Belangen nicht unterstützte.

Und genau diese Geschichten von der ‚Mafia‘ griff die Heimleiterin auf. So wurden Bewohner, die im Kontakt mit der Potsdamer Gemeindeleitung schlechte Erfahrungen gemacht oder ‚mafiose‘ Geschichten zu erzählen hatten, von Frau Schirmer zu schriftlichen Berichten aufgefordert, die sie dann mit entsprechenden Kommentaren ans Ministerium weiterleitete.

Vor dem Hintergrund der Sorge, die jüdische Gemeinde könnte Bewohner ‚abwerben‘ und damit den Bestand von Neuenhain und letztlich den Arbeitsplatz gefährden, mußte meine Aktivität fast zwangsläufig zur Verschärfung des Konflikts beitragen: Die jüdische Gemeinde ins Haus zu holen, barg für Frau Schirmer die Gefahr, die Existenzberechtigung zu verlieren.

Ein politisch heikles Feld

Der zweite Verstoß gegen die ungeschriebenen Gesetze der Heimleitung bestand in meinen Kontakten nach ‚oben‘, zum Potsdamer Innenministerium und zum jüdischen Zentralrat.

Zunächst hatte ich mich im Ministerium über Mischa erkundigen wollen. Dem jungen Mann war trotz offiziell anerkannter jüdischer Identität nur eine Duldung und keine Aufenthaltsberechtigung als Kontingentflüchtling zugesprochen worden. Doch der Ministerialbeamte, Herr Heinrich, richtete selbst Fragen an mich: Ob ich denn etwas über gefälschte Geburtsurkunden in Neuenhain und in der jüdischen Gemeinde in Potsdam wisse? Der Gemeindevorsitzende in Potsdam habe ihn mehrmals aufgefordert, gegen Fälschungen vorzugehen, aber er selbst könne von sich aus nichts dagegen unternehmen, sonst geriete er unter Antisemitismusverdacht. Erst bei klarer Beweislage könne und müsse er Ermittlungen einleiten. „Die Juden wollen diese heiße Eisen auch nicht anfassen und den Handlungsbedarf aufs Ministerium abwälzen.“ Das Problem sei auch auf der Ministerpräsidentenkonferenz angesprochen worden. Weil die Botschaften es den Einreisewilligen zu leicht machten, müßte nun im Inland ermittelt werden. Es stand für mich außer Frage, auf Herrn Heinrichs Aufforderung einzugehen. Allerdings war mir klar geworden, daß er meine Feldforschung möglicherweise nicht ganz ohne Erwartung einer Gegenleistung genehmigt hatte.

Während man mich im Potsdamer Innenministerium also für kriminalistische Zwecke zu instrumentalisieren versuchte, wurde mir beim jüdischen Zentralrat das politische Minenfeld, in dem ich mich forschend bewegte, quasi von der anderen Seite vor Augen gehalten.

Herrn Korn, einen Vertreter des Zentralrats in Berlin, hatte ich aufgesucht, weil mich interessierte, wie er den Widerspruch zwischen symbolischer Politik und realen Aufnahmebedingungen sah. Am Beispiel von Migranten wie Elias Jakobowski wollte ich gerade auf ältere Leute aufmerksam machen, die NS-Verfolgungen erlitten hatten und sich nun zu Recht – wie ich fand – eingeladen fühlten, nach Deutschland zu kommen. Herrn Jakobowskis Wunsch, in der Nähe einer jüdischen Gemeinde zu leben, entsprach doch auch dem Erwartungshorizont einer Wiederbelebung jüdischer Gemeinden in Deutschland, den sowohl Politiker als auch Vertreter jüdischer Institutionen immer wieder formuliert hatten. Doch wie sollte eintreten können, was beabsichtigt war, wenn Migranten in abseits gelegenen Heimen und abgeschnitten von jüdischen Gemeinden untergebracht wurden? So versprach ich mir insbesondere eine ‚Intervention von oben‘, die Herrn Jakobowski vielleicht zu einer Wohnung verhelfen konnte.

Im Verlauf des Gesprächs kamen die großen politischen Zusammenhänge ins Spiel. Man könne, so Herr Korn, dem „deutschen Staat nicht in den Rücken fallen [...] Die Juden müssen stillhalten“, sonst gefährdeten sie das Sonderaufnahmeverfahren für die russisch-jüdischen Zuwanderer, denn es kämen so viele mit gefälschten Papieren. Das mache Überprüfung und nachträgliche Kontrolle im Inland erforderlich, dagegen könne der Staat aber nur hinter vorgehaltener Hand vorgehen, weil staatliche Überprüfungen jüdischer Identität vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit eine heikle Angelegenheit darstellten. Und für meine Forschung gab Herr Korn mir mit auf den Weg, daß ich mich in einem unauflösbaren Dilemma befinden würde: Wenn ich über die Fälschungen oder Zuwanderer schreibe, die nicht jüdisch seien, dann würde ich „der jüdischen Sache schaden“ und den Antisemitismus bedienen. Außerdem könnte ich mir selbst Vorwürfe des Antisemitismus einhandeln. Wenn ich das Thema hingegen absichtlich ausklammere, dann verhielte ich mich philosemitisch und das sei schließlich nur die Kehrseite der Medaille. Am besten wäre es, ich würde mich für ein anderes Thema entscheiden.

Als ich ins Wohnheim zurückkehrte, stellte mich Frau Schirmer zur Rede. Sie wollte wissen, mit wem ich gesprochen hatte und „was im Ministerium los war“ und maßregelte mich, nachdem ich von meinen Erkundigungen für Mischa erzählt hatte. Es ginge nicht, daß ich mich einmische: „Wir müssen da gemeinsame Sache machen. Was glauben Sie denn, was die Juden da alles probieren mit Unterwanderung. Diese ganzen Fälschungen!“

In meinen Kontakten nach ‚oben‘ lag also der zweite Verstoß. Indem ich etwas unternommen hatte, was die Migranten nicht selbständig zu leisten vermochten, hatte ich Frau Schirmers schwierige Position untergraben. Sie befand sich in einem Spannungsfeld zwischen unklaren politischen Vorgaben und Zuständigkeiten und realen Migrationsgegebenheiten und hatte für sich als Lösungsstrategie der Problemlage definiert, die Migranten zu disziplinieren, zu

kontrollieren und ruhigzustellen. Vor dem Hintergrund der verständlichen Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes war ihr besonders daran gelegen, gegenüber vorgesetzten Instanzen ein positives Bild ihrer effektiven Arbeit zu vermitteln und zu betonen, was man in ihrem Heim alles für die Bewohner tue. Meine Aktivitäten durchkreuzten nicht nur ihre Selbstdarstellung. Ich hatte den Blick höherer und z.T. politischer Instanzen auf Neuenhain gelenkt und damit möglicherweise Kontrollinstanzen aktiviert. Und tatsächlich stimmte es ja auch, daß ich mehr oder weniger explizit Defizite einer vermeintlichen Integrationspolitik und deren Widersprüche vorführte, während Frau Schirmer von mir kolaterale Solidarität einforderte.

Von nun an trafen mich ähnliche Kontrollmechanismen wie die Migranten.

Ausschluß von innen

Als ich wenige Tage später von einem in Berlin verbrachten Wochenende ins Wohnheim zurückkam, stellte sich der Pförtner an der Eingangstür quer:

„Wo ist Ihr Heimausweis?“

„Den habe ich im Zimmer, aber ich wohne doch schon seit einigen Wochen hier!“

„Ohne Ausweis kommen Sie hier nicht rein.“

„Aber Sie kennen mich doch!“

„Ja, ich kenne viele Leute, Ausweis bitte!“

Erst als ich meinen Personalausweis vorzeigte, öffnete er die innere Tür, die tagsüber bisher nie verschlossen war.

Ich war irritiert und beschwerte mich bei Frau Schirmer, doch sie verteidigte das Vorgehen des Pförtners: „Der hat nur seine Pflicht getan“, und: „Ja, wo ist er denn, Ihr Ausweis, den müssen Sie immer bei sich tragen!“. Die Szene macht deutlich, daß ich inzwischen buchstäblich die Legitimation verloren hatte. Ich konnte nicht mehr frei ein- und ausgehen, sondern erfuhr nun die gleiche Behandlung wie die Migranten. Kurz zuvor war eine Bewohnerin, die nur zum Mülleimer hinausgegangen war, vom Pförtner nicht wieder hineingelassen worden, weil sie keinen Heimausweis bei sich trug. Sie hatte vor der Tür warten müssen, bis sie jemanden verständigen konnte, der ihr den Ausweis vom Zimmer holte.

Am folgenden Tag quartierte mich eine Mitarbeiterin im Auftrag der Heimleitung in den ungenutzten Kindergarten um: Man brauche mein Zimmer. Der Kindergarten lag im Erdgeschoß am Ende des Ganges, in welchem keine Migranten wohnen. Nachts wachte ich stündlich auf, wenn der Pförtner auf seinem Kontrollgang durch die ungenutzten Räume mit seinem Schlüsselbund im Rhythmus des Näherkommens klapperte. Nachts brachten die regelmäßigen

Scheinwerfer des BGS die Glasaugen der Teddys zum Leuchten, die in den Regalen des Kindergartens entlang der Wände aufgereiht waren. Meine Träume übersetzten den Eindruck des Ausschlusses in surreale Bilder und Szenen. Das Gefühl der Isolation wurde in den folgenden Tagen bestätigt: Zu den Kaffeerunden der Angestellten lud man mich nicht mehr ein.

Die Stasi im Kopf

Seltener kamen jetzt Bewohner zu mir, der Kindergarten schien zu weit abseits zu liegen. Nur Mischa besuchte mich öfter, er hatte Angst, nach Rußland zurückgeschickt zu werden. Sein Paß lag in der Ausländerbehörde und er befürchtete die nochmalige Prüfung seiner Papiere. Es gäbe, so erzählte er mir aufgeregt, viele Leute mit gefälschten Dokumenten im Heim, die keine Juden wären. Doch das sei ein großes Geheimnis, über das niemand spräche. Mischa bat mich, mit ihm aufs Ministerium zu gehen, weil er glaubte, daß „der Leiter“ Angst vor mir habe. In meiner Umquartierung sah er ein schlechtes Zeichen. Frau Schirmer hätte große Macht, „alles Stasi“. Und: „Wer weiß, ob hier nicht überall Wanzen sind, ob wir nicht abgehört werden“. Er erklärte mir, daß die Leute im Heim mißtrauisch seien und daß sie sich auf Schritt und Tritt beobachtet fühlen würden. Die Bewohner fragten sich, mit was die Sozialarbeiter denn den ganzen Tag über beschäftigt seien außer Akten anzulegen und die Migranten zu kontrollieren. Alles sei vernetzt, jedes Amt würde gegen die Einwanderer arbeiten. Die Undurchschaubarkeit bürokratischer Abläufe und die Unsicherheit um den Aufenthaltsstatus nährten Verfolgungsphantasien. Und plötzlich übertrug sich Mischas Verdacht, wir könnten abgehört werden, auch auf mich. Seine Überwachungsängste trafen auf mein Empfinden, ausgeschlossen zu sein und gleichzeitig kontrolliert zu werden.

Inzwischen war auch ich anfällig für Stasi-Imaginationen geworden. Beigetragen hatten dazu wahrscheinlich auch die Eindrücke einer nächtlichen Besichtigung der Kellerräume, bei der mir einer der Pförtner alte Hinterlassenschaften zeigte: neben DDR-Fahnen aller Größen und Schreibmaschinen auch allerlei technisches Gerät zu Abhörzwecken.

Außerdem wußte ich, daß ein ehemaliger Offizier der Stasi Neuenhain bis 1992 geleitet hatte, und daß diese personelle Kontinuität im Übergang von der DDR-Kaserne zur Flüchtlingsunterkunft auch danach bruchlos gewahrt blieb: Die nachfolgende Heimleiterin Frau Schirmer und ihre Mitarbeiterinnen hatten ebenfalls in einem Heim der Staatssicherheit gearbeitet.⁶ Was es auch immer an Geschichte des Heims und Verfolgungsimaginationen gab, das Gespräch führten Mischa und ich außerhalb des Gebäudes fort.

Die Zuspitzung

Inzwischen war die genehmigte Zeit meiner Feldforschung um und mein Auszug aus dem Heim stand bevor. Nur noch sporadisch wollte ich in der Folgezeit Migranten wie Herrn Jakobowski besuchen. Ihm war tatsächlich eine Wohnung im Innenhof einer Berliner Synagoge in Aussicht gestellt worden. Meinen offiziellen Abschied kommentierte Frau Schirmer mit den Worten, ich hätte „ja wohl etwas zu einseitig geforscht“. Weiterhin hielt sie mir ungerechtfertigterweise vor, eine Unterschriftenaktion an Kanzler Kohl angezettelt zu haben, bei der sich mehrere Migranten zusammengeschlossen hatten, um auf ihre soziale Situation und die Bedingungen im Heim aufmerksam zu machen. Auch meinen Brief an den Botschaftssekretär in Alma Ata machte sie mir zum Vorwurf. In diesem Zusammenhang erfuhr ich überhaupt erst von der Existenz eines Antwortbriefes, denn weder Jakobowski noch ich hatten je einen solchen erhalten.⁷ Die Heimleiterin verlangte außerdem, daß ich mich jedesmal bei ihr anmelden müßte, wenn ich weiterhin ins Heim kommen wollte. Sie hätte Anweisung, das Ministerium zu informieren. Es würde so viel passieren und man müßte wissen, wer ins Heim kommt. Außerdem habe sie eine „Dienstaufsichtsbeschwerde“ gegen mich eingeleitet.

Die Abrechnung

Ein letztes Treffen im Heim wurde vereinbart, das Frau Schirmer als „Vorladung“ verstand, weil eine Ministerialbeamtin dabei war. Diese warf mir vor, daß ich mich mit dem Brief an die Botschaft in Kasachstan „unkorrekt“ verhalten hätte. Man würde doch sehen „welche Kreise das zieht, wenn solche Briefe geschrieben werden, das sieht doch so aus, als wollte niemand was tun für die Leute, das Ministerium steht dann ganz schlecht da“. Im Verlauf des Gesprächs wurde der Schulterschuß zwischen der Heimleiterin und der höheren Beamtin deutlich. Die Ministerialbeamtin befürwortete nicht nur Zimmer- und Ausweiskontrollen, sondern rechtfertigte auch fehlende Sozialarbeit und Informationspolitik. Neuenhain wäre lediglich ein „Übergangsheim für die Mindes-

⁶ Sie hatten in Röntgenthal als Sekretärin, Pförtnerin, Kassiererin und Putzfrau gearbeitet. In diesem Heim waren Westdeutsche, die in die DDR übersiedeln wollten, in eine Art Quarantäne genommen worden, um sie auf ihre „sozialistische Glaubwürdigkeit“ hin zu überprüfen. Wie es zu dieser personellen Kontinuität nach '89 kam, konnte mir auch im zuständigen Potsdamer Innenministerium niemand sagen; dies sei wahrscheinlich „im Trubel der Wende passiert“, erklärte der Beamte, der meine Feldforschung genehmigt hatte.

⁷ Die Heimleiterin hatte diesen Brief, der an E. Jakobowski und mich im Wohnheim adressiert war, abgefangen. Er landete in den Akten des Ministeriums.

tanforderungen vom Land“. Der Staat hätte keine soziale Verantwortung, dafür seien die jüdischen Gemeinden zuständig; das Land hingegen solle nur für die Unterbringung. Unangenehm wäre allerdings, wenn der Eindruck entstünde, es werde „für die Juden nichts getan“. Auf der anderen Seite könne man „den Deutschen aber auch nicht zumuten, daß es den Ausländern besser geht“.

Zum Schluß

Am Ende der Feldforschung war der schwelende Konflikt zwischen Frau Schirmer und mir offen ausgebrochen. Aus dem zeitlichen Abstand heraus wird deutlich, welche strukturelle Spannung sich in der politisierten Dynamik der Feldforschung zeigte.

In einem Satz formuliert, war ich durch mein Engagement für Migranten wie Elias Jakobowski zur Bedrohung geworden. Meine moralische Position und die Aktivitäten, die damit einhergingen, hatten die innere Logik des Heims, seine Abläufe und Regeln angegriffen.

Anfangs nur als Gegenleistung für seine Lebensgeschichte gedacht, hatte ich umso mehr Partei für Herrn Jakobowski ergriffen, je offensichtlicher in der Behandlung seiner Person hervortrat, daß zwischen dem Willen der Politiker, sowjetische Juden in Deutschland anzusiedeln⁸, und der realen Einwanderungspolitik, wie ich sie in Neuenhain beobachtete, erhebliche Widersprüche bestanden. Meine Anwaltschaft für Migranten wie Elias Jakobowski schuf Aufmerksamkeit von oben und Öffentlichkeit nach außen, indem ich Instanzen von außen ins Heim holte und mich hilfeschend nach „oben“ wandte. Damit störte ich nicht nur die interne Logik der Verwaltungsabläufe, sondern stellte letztlich auch die Regeln im Umgang mit den Flüchtlingen in Frage. Diese Politisierung war zum einen aus meinem Bedürfnis heraus entstanden, nicht vollends im Strudel sozialer Hilfestellungen und Anforderungen zu versinken. Ich wollte mir den Rücken für meine Feldforschung freihalten, von der ich anfangs glaubte, daß sie in distanzierter Beobachtung und neutralem Interesse für Migranten wie Heimpersonal bestehen könnte. Zum anderen resultierte diese Politisierung aus einer moralischen Positionierung: Vielleicht war auch ich in einem ‚romantischen Wiedergutmachungstraum‘ befangen gewesen, indem ich den symbolischen Rahmen der deutschen Aufnahmepolitik gegenüber den sowjetischen Juden ernst genommen hatte, wonach ihre Integration vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit als besonders gewünscht erschien. Gerade darauf beriefen

⁸ Diesen Willen hatten Politiker aller Parteien in den Bundesdebatten Ende 1990 mit dem Verweis auf die Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte und dem Holocaust artikuliert, bevor die Aufnahme sowjetischer Juden als Kontingentflüchtlinge im Februar 1991 beschlossen wurde.

sich ja auch Migranten wie Elias Jakobowski, die erwarteten, daß sich dieser politische Wunsch nach einer Revitalisierung jüdischen Lebens in Deutschland in besonderen Integrationsbemühungen niederschlagen würde. Doch unter dem Neuenhainer Heimpersonal galt Herr Jakobowski schnell als Querulant mit überzogenen Ansprüchen. In antisemitischen Äußerungen kam außerdem der Vorwurf zum Ausdruck, er würde seine Lebensgeschichte instrumentell einsetzen. Ich wiederum hatte sein Bedürfnis nach sozialer Anerkennung als einen berechtigten Anspruch und nicht als einen Verstoß gegen die Regeln des Heims gesehen. Gerade in seinem Fall erschien es mir angemessen, für Wohnraum in der Nähe einer jüdischen Gemeinde einzutreten, statt sich a priori bürokratischer Logik zu beugen. Mit diesem Einsatz und im Kampf gegen die Entwertung seiner Lebensgeschichte markierte ich meine moralische Position, die beim Heimpersonal auf Widerspruch stieß. Unsere Gespräche endeten regelmäßig damit, daß mir die Nichtintegration der eigenen (Ostdeutschen) entgegengehalten wurde.

Erst im Verlauf meines Forschungsaufenthalts wurde mir klar, daß ich das Ideal der symbolischen Flüchtlingspolitik mit in das Feld hineingetragen hatte. Ich hatte Partei für die andere Seite ergriffen, für die in der Verwaltungslogik kein Platz war. Zunehmend bewußt wurde mir also, daß soziale Versorgung über ein Mindestmaß hinaus in Neuenhain strukturell längst nicht mehr vorgesehen war. Alle in der sozialen Ausländerarbeit geschulten ABM-Kräfte hatten einige Jahre zuvor gehen müssen, kein Vertrag war verlängert worden. Im Schulterschuß zwischen Heimleitung und Ministerialbeamtin war deutlich geworden, daß integrative Hilfestellungen längst an die jüdischen Gemeinden delegiert worden waren. Dementsprechend sahen die Angestellten ihre Aufgabe lediglich darin, die Migranten zu verwalten, sie in die Regeln der Sozialbürokratie einzufügen und sie ruhig zu stellen.

Ein struktureller Widerspruch scheint also darin zu liegen, daß die sowjetischen Juden zwar politisch gewollt worden sind, in der Praxis jedoch in Institutionen geschickt werden, wo Integration eigentlich gar nicht eintreten kann. In diesem Spannungsfeld fand nicht nur meine Feldforschung statt, darin arbeiteten auch die Neuenhainer Angestellten und genau darin waren sie auch überfordert. Das ‚Migrationsregime‘ läßt die russischen Juden als Flüchtlinge herein, weil ein anderer Status in der aktuellen Rechtslage nicht zur Verfügung steht. Die an das Flüchtlingsbild gekoppelten Normen strukturierten die Wahrnehmungsmuster der Angestellten jedoch in einer Weise, daß alle von diesem Bild abweichenden Verhaltensformen nur als Verstoß gegen die symbolische Struktur der Hilfsbedürftigkeit interpretiert werden konnten. Auf Seiten der Migranten verstärkten schlechte Infrastruktur, bürokratische Hürden, fehlende Information sowie mangelnde soziale Versorgung Orientierungslosigkeit und Hilfsbedürftigkeit. Die Suche nach Hilfestellungen wurde vom Heimpersonal wiederum als überzogenes Anspruchsdenken zurückgewiesen. Kontrolle und

Überwachung schienen in diesem Zusammenhang wohl legitime Mittel, die Migranten zu disziplinieren. Diese Praxen konnten nicht zuletzt deshalb so bruchlos und unhinterfragt weitergeführt werden, weil sie auch von den vorgesetzten Verwaltungsinstanzen für angemessen gehalten wurden – auch das war im Gespräch mit der Ministerialbeamtin offensichtlich geworden. Daß man jedoch zugleich so sehr betonte, was alles für die Bewohner getan werde, stand zwar im Widerspruch zum realen Mangel an Integrationsbemühungen, deckte sich aber mit dem Diskurs der politischen Sphäre, in der sich permanent um eine projüdische Haltung bemüht wird. Für die Heimleiterin war ein positiver Eindruck der Arbeit mit ihrem Klientel außerdem wichtig, um das Heim und damit den Arbeitsplatz zu erhalten. Unterschriftenaktionen an höchste politische Instanzen oder öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, die dieses Bild in Frage stellten, mußten da zwangsläufig unerwünscht und für die Heimleitung sogar bedrohlich erscheinen, weil sie Widersprüche sichtbar machten. Diese Differenz zwischen realer Praxis und symbolischer Politik hatte ich in meiner Rolle als Forscherin quasi ausagiert, indem ich gegen sie ankämpfte. Das war mir nur aufgrund meiner Ungebundenheit möglich, so daß die Heimleiterin zunächst lediglich die Möglichkeit sah, mich von internen Vorgängen fernzuhalten und den Migranten gleich zu kontrollieren. Als das offensichtlich nichts nützte, probierte Frau Schirmer auf anderem Weg, mich zu disziplinieren: durch Unterwerfung in die Diensthierarchie, in die sie selbst eingebunden war.

Der Forschungsaufenthalt in Neuenhain zeigt im Grunde, wie die Ungebundenheit der Ethnographin für das Feld zur Gefahr wurde. Dieses Feld war derart durchmachtet und von gegensätzlichen Interessen durchdrungen, daß keine Balance möglich schien und Loyalität nur zu einer Seite aufrechterhalten werden konnte. Die Positionierung und Politisierung schien zwangsläufig, auch um den Preis, daß ein um Verstehen bemühtes Eingehen auf das Heimpersonals in den Hintergrund trat und stattdessen ein Konflikt entstand, der eine längere und tiefere Forschung unmöglich gemacht hätte. Aus der konfliktreichen Dynamik der Feldforschungssituation ergab sich dennoch ein aussagekräftiger ethnographischer Gewinn: Sichtbar wurde, daß im Umgang mit den russischen Juden eine große Lücke zwischen moralischer Politik und realer Integration klafft. Vielleicht war das nur in Neuenhain und in einer spezifischen Übergangssituation so. Möglicherweise haben sich die Aufnahmebedingungen auch im Verlauf der letzten Jahre gründlich verändert. Sollten dieser Ort und seine Grundstrukturen jedoch verallgemeinerbar sein, dann fragt sich allerdings, ob die russisch-jüdische Immigration von seiten deutscher Politiker auch tatsächlich so gewollt ist, wie sie dies öffentlich immer bekräftigen.⁹

LITERATUR

- Agar, Michael H.: *The Professional Stranger*. London, San Diego 1980.
 Becker, Franziska: *Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozeß russischer Juden*. Berlin 2001.

⁹ Zu einer über diese Feldforschung hinausgehenden und detaillierten Analyse der Migrationserfahrungen sowjetischer Juden vor dem Hintergrund politischer ‚Wiedergutmachungssymbolik‘ und ihrer rechtlichen und institutionellen Rahmung in Deutschland siehe Franziska Becker: *Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozeß russischer Juden*. Berlin 2001.